Schlesische Landarbeiter

Wochenblatt des Schlesischen Verbandes der Landarbeiter, Landarbeiterinnen und Beschäftigten in sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben e. V.

Bezugspreis: Für Mitglieder kostenlos. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld. Erscheint wöchentlich 1 mal. == 10. Nachtrag zur Zeitungspreisliste 1919, Seite 4 und 13. ==

Anzeigenpreis: Die 4gespalt. Petitzeile oder deren Raum 1,20 Mk., Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. == Redaktionsschluß, auch für Inserate: Mittwoch vormittag. ==

Verlag und Schriftleitung: Franz Faustin, Breslau 2, Bahnhofstraße 13II ✦ Fernruf „Ring 7891" ✦ Telegrammadresse: Landverband.

Nummer 21. | Breslau, den 6. Juni 1920. | 2. Jahrgang.

In letzter Stunde.

Die Landwirtschaft war in der vergangenen Nationalversammlung ganz unzulänglich vertreten. Von rund 400 Abgeordneten gehörten nur 32 der Landwirtschaft an. Natürlich mußte ein solches Mißverhältnis der Landbevölkerung zum Schaden gereichen. Die Folgen sehen wir hauptsächlich in zwei Dingen: erstens in der **Beibehaltung der Zwangswirtschaft für das Land**, so daß der Landarbeiter noch immer nicht das volle Deputat erhält, während die Industrie in allem weitestgehende Freiheit genießt; zweitens in der **Steuergesetzgebung**, durch die in Zukunft die Landleute gezwungen werden, **den zehnten Teil ihres Einkommens zu opfern** und damit die luxuriösen Einrichtungen der Städte wie Straßen, Kanalisation, Wasserleitung, Straßenbahnen, Schulen, Gymnasien, Krankenhäuser, Theater, Museen usw. zu unterhalten.

Daß das Landvolk so wenig Einfluß im Parlamente hat, ist seine eigene schwere Schuld. Man hat sich auf dem Lande nicht genügend darum gekümmert und hat die Organisation des Landvolkes nicht genügend ausgebaut. Im demokratischen Staate entscheiden aber starke Organisationen. Die Industriebevölkerung hatte diese Organisationen, sowohl auf Arbeiter- wie auf Unternehmerseite. **Dadurch beherrschte die Industrie-Bevölkerung im letzten Jahrzehnt unbeschränkt das Land.** Schon der Ausgang der Reichstagswahlen 1912 verurteilte das Land zur **Bedeutungslosigkeit**. Die industrielle Mißwirtschaft der Kriegszeit wäre nicht möglich gewesen, wenn das Land noch eine entscheidende Stimme im Reichstag gehabt hätte.

Wer in der Gesetzgebung ganz und gar nicht vertreten war, das waren wir Landarbeiter. Nun haben sich im Laufe des letzten Jahres auch die Landarbeiterorganisationen mächtig entwickelt. Da sollte man auch auf eine politische Vertretung der Landarbeiter rechnen dürfen. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, **daß unsere Berufsgenossen selbst uns am besten vertreten können**, weil sie alle Tage am eigenen Leibe erfahren, wie und wo sie der Schuh drückt.

Leider hat sich nun eine große Masse der Landarbeiter gedankenlos der Sozialdemokratie angeschlossen, ohne zu bedenken, daß sie sich damit **einer einseitigen industriellen Partei zuwandte.** Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß für die Politik dieser Partei Mehrheitsbeschlüsse entscheiden. Die Mehrheit der Parteigenossen sitzt aber in den Großstädten und diese stellen einseitig die Kandidaten für die politische Partei auf. Die Minderheit der Landarbeiter wird dabei übersehen, übergangen. **Die geringere Zahl der Landarbeiter wird von der Ueberzahl der Stadtarbeiter an die Wand gedrückt.** Auf den Schultern des arbeitenden Landvolkes steigt die großstädtische Agitator zur politischen Machtstellung empor.

Und doch ist es notwendig, Landarbeiter ins Parlament zu entsenden. Das sieht auch die Leitung des „Deutschen Landarbeiterverbandes" ein. So schreibt Fritz Fraß in Nr. 5 des „Landarbeiters" zu den Reichstagswahlen: „Da gilt es, Fachleute ins Parlament zu senden, Genossen, die mit allem Nachdruck bereit sind, für die Interessen der Land- und Forstarbeiterschaft einzutreten und die auch das nötige Verständnis für deren eigenartige Stellung als Nahrungsmittelproduzenten aufweisen. Die Landarbeiterschaft hat in vielen Gebieten des Reiches in der Masse der Wähler eine ausschlaggebende Bedeutung. Deshalb, Kollegen, wahrt euren Einfluß bereits bei der Aufstellung der sozialistischen Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Verlangt, daß Vertretern der Landarbeiter der Weg ins Parlament freigemacht wird."

Hier ist die ganz richtige Meinung vertreten, daß der Landarbeiter durch seine Berufskollegen allein richtig vertreten werden kann. **Eine waschechte sozialdemokratische Gesinnung des Abgeordneten ist noch keine Gewähr dafür, daß der Mann für die Landarbeiter eintritt**, selbst dann nicht, wenn er die allerbesten Absichten hat. Worauf es ankommt, das ist, daß er die eigenartige Stellung des Landarbeiters als Nahrungsmittelproduzent erkennt und ihr Rechnung trägt. Leider trifft dies für die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zu. Denn der großstädtische Abgeordnete kommt immer nur als Nahrungsmittelkonsument, also als Verbraucher, nicht als Erzeuger, in Frage und wird dementsprechend meistens gegen den Landarbeiter voreingenommen sein.

So viel richtige Worte also auch dort gesagt sind, in der Praxis ist doch alles anders. Schlesien ist mit eine der Provinzen des Reiches, in denen die Landarbeiterschaft von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahlen ist. Es ist eine landwirtschaftliche Provinz, hier also müßte die Sozialdemokratie Plätze freimachen für den Landarbeiter. Tut sie es hier nicht, so darf man es in anderen industriellen Landesteilen erst recht nicht erwarten. Und da müssen wir leider feststellen, daß die Sozialdemokratie für Schlesien, im Wahlkreise Breslau sowohl wie Liegnitz, nicht einen einzigen Landarbeiter für die Reichstagswahlen präsentiert hat. Von den 15 Kandidaten des Breslauer Wahlbezirkes sind 12 aus Städten genommen und nur 3 entstammen der ländlichen Bevölkerung; davon 1 als Gast-

wirt, 1 als Stellenbesitzer, 1 als Amtsvorsteher — **aber kein Landarbeiter.** Für den Liegnitzer Wahlbezirk hat man sich die Kandidaten sogar aus Berlin geholt! Auch auf den andern Wahllisten der Sozialdemokratie zeigt sich dasselbe Bild: **kein Landarbeiter, aber ganz einseitige Berücksichtigung der Großstädte, vor allem Berlins.** Namen wie Katzenstein und Cohn, in Verbindung mit den vielen wie Bernstein, Herzfeld, Hirsch, Löwe, Simon, Mendelsohn, Goldstern, Levi, David, Davidsohn u. a. beweisen deutlich, **wer die eigentlichen Treiber der Partei sind.** Die Gewerkschaftsbeamten sind nur die Zutreiber für diese politischen Drahtzieher, die eine **reine Handelspolitik treiben und daher nichts unternehmen gegen Wucher- und Schiebertum.** Sonderbar ist auch, daß sich die sozialdemokratische „Arbeiterpartei" ihre Kandidaten aus der 1. und 2. Klasse der Eisenbahn holt, nicht aus der 4. Klasse. **Die oben genannten Kandidaten sollen sich erst einmal als wirkliche Arbeiter erweisen.**

Das ist die Partei des „Deutschen Landarbeiterverbandes", dessen Worte anders klingen als seine Taten. Berufsvertretung wird den Landarbeitern gepredigt und vorgegaukelt. **Bei der Aufstellung der Wahllisten werden aber ihre Kandidaten zurückgewiesen und die Landarbeiter werden an die Cohn und Katzenstein verkauft,** für die sie ihre Stimmen abgeben sollen. Kein Wunder, daß dann auf die vielen Worte niemals Taten folgen. Die Sozialdemokratie ist eben einseitig nach den Interessen und Machtverhältnissen der Stadtarbeiterschaft orientiert.

Der unpolitische D.L.V. geht aber noch weiter. In Nr. 21 des „Landboten" veröffentlichte er kürzlich an auffallender Stelle und mit größter Schrift den Wahlaufruf der „Unabhängigen Sozialdemokratie" — lies: Kommunismus. Hier hat sich das wahre Gesicht des D.L.V. offen enthüllt: **nicht nur daß den Landarbeitern kein Kandidat in der Wahlliste der Sozialdemokratie zugebilligt wird, die Landarbeiter sollen vielmehr an die zügellosen und anarchistischen Haufen des großstädtischen Kommunismus und Bolschewismus ausgeliefert werden.** Ueber das Schicksal des Landarbeiters im kommunistischen Staate haben wir neulich geschrieben; wir brauchen also heute nur zu wiederholen, daß der Landarbeiter kein Interesse an der Entrechtung und Zerstörung des landwirtschaftlichen Besitzes hat. Es spielt keine Rolle, daß die Unabhängige Sozialdemokratie für den Liegnitzer Wahlbezirk den Kreisleiter Schreck-Grünberg aufgestellt hat. Diese Aufstellung ist nur ein Fischfang und aus Agitationsgrün den erfolgt und hat praktisch gar keinen Wert. Schreck steht an aussichtsloser 7. Stelle und wird deshalb sicher nicht gewählt. Außerdem ist Schreck **nicht Landarbeiter, sondern Industriearbeiter** und erst seit einem knappen Jahre Gewerkschaftsbeamter. Ebenso verhält es sich mit dem Gauleiter Größner, der gar erst des 10. Platzes auf der Wahlliste für würdig erachtet wurde. **Man sieht daraus, daß sogar die Beamten des D.L.V., der sogenannten Landarbeiterorganisation, an letzter Stelle auf der Wahlliste dieser Parteien rangieren, wie wenig Wert man also auf Landarbeitervertreter legt.**

Die Landarbeiter müßten dumm sein, wenn sie diesen Parteien des D.L.V. ihre Stimme geben würden. Es gibt nur eine Parole für den denkenden Landarbeiter zum 6. Juni: **nur den Parteien die Stimme, die für Erhaltung und Förderung einer gesunden Landwirtschaft eintreten.** Denn der Landarbeiter ist ein Teil der Landwirtschaft und will als Teil der Landwirtschaft geachtet und beachtet sein.

Wahlmanöver.

Das neue Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März d. J. bestimmt in § 45, daß der Arbeigeber nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in eine zu diesem vom Arbeitnehmer zu beschaffende Steuerkarte einzukleben und zu entwerten hat.

Nach § 50 haftet der Arbeitgeber dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung des im § 45 bestimmten Betrages neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

Diese Vorschriften sind nach § 58 des Gesetzes mit dem 1. April 1920 in Kraft getreten.

Wenn an sich diese eigenartige Bestimmung, die jeden Arbeitgeber zum Steuerbüttel des Reiches macht, allgemeinen Unwillen hervorgerufen hat, so scheint die bisher mangels näherer Vollzugsvorschriften der Regierung unterbliebene Ausführung dieser Bestimmung auf besondere Taktik zurückzuführen zu sein.

Die Wahlen stehen vor der Tür und deshalb darf jetzt dem Arbeiter noch nicht klar werden, in welchem Maße er künftighin an den Steuerlasten des Reiches beteiligt sein wird.

Ein Landarbeiter, dessen steuerpflichtiges Einkommen mit dem seiner Ehefrau zusammen (einschließlich Naturalbezüge) tarifmäßig jährlich vielleicht 8000 Mark beträgt, würde hiervon — wenn Kinder nicht zu berücksichtige sind — **750 Mark jährlich an Reichseinkommensteuer zu entrichten haben.**

Der Arbeitgeber hätte bei der monatlichen oder vierteljährlichen Verrechnung den zehnten Teil des Lohnes und des Wertes der Naturalien als Steuer zurückzubehalten. Das hat aber vorläufig noch bis zum Erlasse besonderer Anweisungen zu unterbleiben! **Die Arbeiter sollen jedenfalls vor den Wahlen noch nichts von den Wirkungen der neuen Steuergesetzgebung im demokratischen Deutschland merken; ihre Stimmung könnte darunter leiden!** Nach den Wahlen kommt es ja dann weniger auf die Stimmung an, zumal es nicht ausgeschlossen erscheint, daß dann die Besteuerung des „ungerecht hoch besteuerten" Arbeiters einer anderen, vielleicht weniger demokratischen Regierung zur Last gelegt werden kann.

Inzwischen ist aber dann fast die Hälfte des Rechnungsjahres 1920, für welches das Reichseinkommensteuergesetz erstmalig anzuwenden ist, ins Land gegangen und die Hälfte der Jahressteuer wird auf einmal fällig.

Wird derselbe Arbeiter in der Lage und auch bereit sein, dann die Hälfte der Jahressteuer mit etwa 375 Mark auf einmal zu bezahlen?

Durchsichtiges Wahlmanöver, daß auch in Landarbeiterkreisen bekannt zu werden verdient. **Die Landarbeiter werden mit dem Stimmzettel am 6. Juni der Regierung die Antwort dafür geben, daß sie mit ihrem soviel niedrigeren Barlohn die Steuern für die Stadtarbeiterschaft zahlen und beitragen sollen, daß die Stadt auf Kosten des Landes vergnüglich und bequem lebt.**

Wer hat den Nutzen von der Zwangswirtschaft?

Es wird geklagt, daß gerade die notwendigsten Lebensmittel, Kartoffeln, Brot und Fleisch, die wir früher reichlich und billig hatten, heute so knapp sind und so hoch im Preise stehen. Wo liegen, abgesehen von der Entwertung des Geldes, die Ursachen? In der Zwangswirtschaft.

Die „Ostpreußische Zeitung" in Königsberg i. Pr., Nr. 228 vom 17. Mai, veröffentlicht folgende Anfrage an den Magistrat:

Wer verdient an den Kartoffeln?

Vor einigen Tagen ging folgende Nachricht des Königsberger Magistrats durch die Königsberger Zeitungen:

Ein Pfund Kartoffeln = 38 Pfennig. Der Magistrat teilt mit, daß mit Wirkung vom 10. Mai der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln auf 38 Pfennig für 1 Pfund festgesetzt wird. — —

Dazu schreibt uns ein Landwirt aus dem Kreise Zinten, daß er für den Zentner Kartoffeln 15 Mark erhalten habe, also für das Pfund 15 Pfennig. Er sendet uns eine Empfangsbescheinigung vom 14. April ein, wonach vier Waggons Kartoffeln im Gesamtgewichte von 61 260 Kilogramm an einen Kaufmann nach Zinten geliefert wurden, der sie als Kommissionär für Königsberg aufgekauft hat. Der Kommissionär zahlte für den Zentner 15 Mark, zusammen 18 370 Mark. Auf dem Wege von Zinten bis Königsberg sind nun die Kartoffeln um mehr als 150 Prozent verteuert worden, denn in Königsberg kosten laut Verfügung des Magistrats die Kartoffeln im Kleinhandel 38 Pfennig.

Ist der Magistrat in der Lage, angeben zu können, in wessen Händen dieser mehr als 150prozentige Verdienst geblieben ist?

Die sozialdemokratischen und demokratischen Zeitungen, die täglich einen Haßgesang auf die „wuchernden Agrarier" anstimmen, werden um Nachdruck dieser Anfrage an den Königsberger Magistrat höflichst gebeten."

In der „Deutschen Zeitung", Nr. 220 vom 20. Mai, lesen wir:

„Die Zwangswirtschaft hat, je länger je mehr, gezeigt, daß sie nicht nur nicht imstande ist, die Bevölkerung annähernd genügend und billig mit Nahrungsmitteln zu versorgen, sie hat auch die Produktion heruntergedrückt, nicht nur während des Krieges, auch noch jetzt.

Die Brotration wird unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft von Jahr zu Jahr knapper, der Preis dafür höher. Aehnlich ist es mit allen anderen Lebensmitteln. Im Schleichhandel ist schon manche Ware billiger zu haben als auf Karten, z. B. Kartoffeln, Reis, Marmelade usw.

Vor dem Kriege war der Landwirt mit seiner Arbeit für die Erzeugung und Lieferung des Getreides am Brotpreis mit 80 Prozent beteiligt. Der Zwischenhandel einschließlich Transportkosten, Bäcker- und Müllerverdienst war mit 20 Prozent beteiligt. Das Brot kostete den Konsumenten 12 Pfennig. Heute ist der Landwirt nur mit 35 Prozent am Mehlpreis beteiligt, der Zwischenhandel, das heißt die Reichsgetreidestelle ohne das Verdienst des Müllers mit 60 Prozent. Das Brot kostet heute je Pfund 1,05 Mark.

Das Fleisch wird von Jahr zu Jahr knapper, der Preis für den Konsumenten höher. Ohne Zwangswirtschaft war der Landwirt in der Lage, Vieh bei lohnenden Preisen zu mästen, heute kann er das nicht. Vor dem Kriege kamen wöchentlich wenigstens 15 000 Mastschweine auf den Schlachtviehhof in Berlin, heute fast gar keine, im Schleichhandel kommen wöchentlich 7—8000 Schweine nach Berlin. Die Fleischration auf Karten wird dauernd geringer und teurer.

Der Schleichhandel und damit zum Teil eine Bewucherung der Konsumenten blüht. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die Zwangswirtschaft keine Bewucherung der Konsumenten sei, sie ist auch eine Preisdrückerei gegenüber dem Produzenten. Durch den Schleichhandel gehen auch ungezählte Mengen Lebensmittel über die Grenze! Die Regierung unterhält zwar ein Riesenheer von Kontrollbeamten gegen den Schleichhandel, diese bekommen neben hohen Gehältern und Tagegeldern vom Wert des Beschlagnahmten 10 Prozent. Trotz dieses hohen Verdienstes blüht der Schleichhandel weiter, und an der Ostgrenze allein mußten kürzlich 600 neue Beamte eingestellt werden.

Die Zwangswirtschaft ist der Hauptfaktor, daß Redlichkeit, Ehre und Gewissen im Volke schwinden, nicht zum wenigsten bei den Beamten. Was kostet den Staat oder besser Produzenten und Konsumenten das Heer von Beamten, welches die Durchführung der Zwangswirtschaft erfordert, ohne daß die Erfolge erreicht würden, welche die Zwangswirtschaft erzielen will oder wenigstens vorgibt, erzielen zu wollen.

Die Spannung zwischen Getreidepreis und Brotpreis ist unnatürlich hoch, trotzdem hat die Regierung, welche die Vorteile dieser Preisspannung genießt, im letzten Jahre in der Reichsgetreidestelle einen Fehlbetrag von 4,7 Milliarden Mark. Was läge da näher, als endlich einmal mit dem System der Zwangswirtschaft zu brechen.

Am 8 Mai haben im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Verhandlungen mit Vertretern der Berufsstände stattgefunden. Zur Beratung standen u. a. Fragen über Beibehaltung und evtl. Verschärfung der Zwangswirtschaft. Sachverständige in diesen Fragen, die die Landwirtschaft vertreten, der Deutsche Landbund und alle Vertreter des deutschen Handels, haben sich einmütig für Beseitigung der Zwangswirtschaft ausgesprochen. Die Regierung, besonders die Reichsgetreidestelle und die Vertreter der Verbraucherkreise, waren für Beibehaltung der Zwangswirtschaft. Die Regierung setzte den Bestrebungen für die Aufhebung besonderen Widerstand entgegen, ist sogar für die Verschärfung der Zwangswirtschaft.

Danach ist zu befürchten, daß die Zwangswirtschaft und danach die weitere Verelendung des Volkes bleibt, daß vor allem die Sozialisierung des Fleischergewerbes, der Landwirtschaft, der Müllerei und Bäckerei erfolgen wird. Mag das ganze Wirtschaftsleben und das Volk dabei zugrunde gehen, die Beamtenwirtschaft blüht — bis niemand mehr etwas hat."

Forstarbeitertarif.

Der Provinzial-Rahmentarif für Forstarbeiter ist am Sonnabend, 29. Mai, abgeschlossen und unterzeichnet worden. Wir veröffentlichen ihn in nächster Nummer.

Fragekasten.

Wochengeld und nichtverheiratete Wöchnerinnen.

Frage: Muß die Krankenkasse auch an eine nichtverheiratete Wöchnerin Wochengeld zahlen? (P. H. in D., Kr. Glogau.)

Antwort: Da das Gesetz zwischen verheirateten und unverheirateten Wöchnerinnen keinen Unterschied macht, so ergibt sich daraus daß auch die unverheirateten Wöchnerinnen Anspruch auf Wochengeld haben. Fi.

Das Ausschreiben der grünen Klebekarten muß noch auf zirka 1 Woche eingestellt werden. Unsere Mitglieder, die noch nicht im Besitz der grünen Klebekarten sind, erhalten diese dann baldigst. Wir bitten, diese kurze Verzögerung noch zu entschuldigen.

Verbandsnachrichten - Beschwerderegelungen

Bezirk Frankenstein-Münsterberg. Unser Hilfssekretär Gewohn teilt uns folgendes mit: „Im Kreise Münsterberg ist ein Lohntarif im Umlauf, welcher nicht mit dem vom Arbeitgeberverband unterzeichneten übereinstimmt. Wie der Arbeitgeberverband öffentlich bekannt gibt, ist er auch nicht von ihm unterschrieben, so daß der Arbeitgeberverband gegen die Verbreiter gerichtlich vorgehen wird. Es ist kaum glaublich, wie gewissenlos und raffiniert der D.L.V. an seinen Mitgliedern handelt. Erst verspricht er den Landarbeitern alles mögliche, hohen Lohn und kurze Arbeitszeit. Bei Versammlungen spielen seine Vertreter den wilden Mann, als wenn sie die Arbeitgeber mit Haut und Haar verzehren wollten. Bei den Tarifverhandlungen aber haben sie recht kleinlaut dagesessen und haben sich ordentlich über die Ohren hauen lassen. Jetzt wissen diese Leute nicht, wie sie sich aus der Schlinge ziehen sollen. Darum wälzt der D.L.V. alle Schuld von sich ab auf den Schlesischen Verband. Es sollte mich nicht mehr wundern, wenn der D.L.V. die Frechheit und Stirn besäße zu behaupten, daß der Schlesische Verband diesen Tarif in Umlauf gebracht habe. Ich kenne nämlich diese Leute ganz genau und viel besser, als sie sich vielleicht selber kennen; es sind, nach ihren Handlungen zu urteilen, abgefeimte Schwindler und Betrüger. Nicht genug, daß sie durch ihre Schwindeleien und unehrlichen Versprechungen den Mitgliedern die Beiträge aus der Tasche locken, lassen sie sich für ein wertloses Papier, wie es dieser Lohntarif ist, noch 25 Pf. bezahlen. Die Landarbeiter sollten dies Gelichter herausjagen, daß sie die Schuhe verlieren und nicht mehr ans Wiederkommen denken. Landarbeiter, wacht auf, ehe es zu spät ist! Wollt ihr euch noch länger für eure Gutgläubigkeit zum Spott und Gelächter des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes" machen lassen? Darum: Raus mit den Schwindlern, nur die Wahrheit bestehtl"

Bezirk Glatz-Habelschwerdt-Neurode. Unser Landarbeitersekretär Regenhardt wohnt ab 1. Juni in Glatz, Herrenstraße 2, 2. Etage.

Bezirk Grünberg-Freystadt. Hilfssekretär Müller schreibt uns: „Mit welchen Lügenmitteln der D.L.V. hier arbeitet, beweist das Vorgehen des Schweizers Richard Menzel aus Ober-Siegersdorf. Dieser erscheint eines Abends auf dem Dominium Zissendorf und geht dort mit dem Schwindelversprechen hausieren, daß der D.L.V. bei den Lohntarifverhandlungen die 9stündige Arbeitszeit durchsetzen werde; falls die Arbeitgeber nicht darauf eingingen, würde 14 Tage gestreikt. Weiter forderte er die Landarbeiter auf, schnellstens in den D.L.V. überzutreten; auf seiner Arbeitsstelle, bei dem Gutsbesitzer Rodewald in Ober-Siegersdorf sei die 9stündige Arbeitszeit schon eingeführt. Dabei ist dies ein glatter Schwindel; noch niemand merkt dort etwas von 9stündiger Arbeitszeit. Aber am 8. April erklärte der D.L.V. im Gegenteil den Arbeitgebern: die Landarbeiter müßten noch länger arbeiten, denn sie brauchen viel Arbeit; auch dürften sie das volle Deputat nicht erhalten, weil das Getreide für die Industriearbeiter gebraucht wird. Wie reimt sich das nun zusammen? Man scheut eben kein Lügenmittel, um Mitglieder zu fangen. Für den Schweizer Menzel wäre es entschieden besser, wenn er sich um seine Kühe kümmerte, als für den D.L.V. herumzuziehen und dabei die Landarbeiter zu beschwindeln."

Bezirk Neumarkt. Sonntag, den 13. Juni, ½2 Uhr, Versammlung im Schießhaus zwecks Gründung einer Fachgruppe für Schweizer und Melker. Gleichzeitig Beratung und Aufstellung eines neuen Lohntarifes für Schweizer.

Nachmittags 3 Uhr: Vertrauensmännerversammlung ebendort.

Bezirk Sagan. Unser Hilfssekretär Weise macht uns darauf aufmerksam, daß von allen Seiten, auch von Besitzern des Kreises, Verleumdungen über ihn verbreitet werden, um ihn aus seiner Stellung als Hilfssekretär zu beseitigen. Wir bitten daher die Mitglieder, solchen Verbreitungen keinen Glauben zu schenken, sondern treu zu ihrem Hilfssekretär zu halten, der sich in jeder Weise für sie einsetzen wird.

Sonntag, 13. Juni, feiert die Ortsgruppe Rückersdorf ihr diesjähriges Sommervergnügen, bestehend aus Theater und Tanz. Alle Mitglieder und Nachbarortsgruppen sind dazu herzlichst eingeladen.

Bezirk Wohlau-Steinau. Unser Mitglied Jonnisek, Loßwitz, hatte die tarifmäßigen Lohnnachzahlungen nicht erhalten, da er am 1. April seine Stellung verlassen hatte. Unser Landarbeitersekretär Borsdorff setzte durch, daß dem J. die Nachzahlungen in Höhe von 225 Mark gegeben wurde. — In Klein-Gaffron erhielt unser Mitglied Elpelt, da er nicht mehr als vollwertiger Arbeiter angesehen wurde, 200 Mark weniger als die andern Akkordarbeiter,

obwohl er noch dieselben Arbeiten verrichtet. Landarbeitersekretär Borsdorff erreichte, daß Elpelt jetzt denselben Lohn erhält wie die übrigen Ackerkutscher. — In Ober-Astwohlau wurden die Mitglieder Ziebolz, Vater und Sohn mit Frauen, unberechtigt entlassen. Ebenso wurde das Mitglied Fräulein Aust in Kunzendorf entlassen, da sie mit dem Inspektor wegen der Arbeit in Streit geraten war. Landarbeitersekretär Borsdorff erreichte, daß sie sämtlich wieder eingestellt wurden.

Für treue Dienste erhielt die Auszeichnung der Landwirtschaftskammer der Arbeiter Gottfried Geppert in Thielau, Kr. Steinau.

Gesucht für sofort eine

Wirtin

Ende 40 oder Anfang 50 Jahre, möglichst ohne Anhang, zu einem Professionisten aufs Land. Meldungen an Hilfssekretär **Weise**, Rückersdorf, Kreis Sprottau.

Die Sternwirtin

Erzählung für das Volk von A. Hahn

(21. Fortsetzung.)

Als der Wirt spätabends endlich Zeit fand, nach seinem Kinde zu sehen und mit einem Stück Kuchen in der Hand heraufkam, das als größter Brocken vom Verlobungskuchen zurückgeblieben war, saß das Kind immer noch in den Winkel zurückgelehnt und atmete in tiefem Schlaf.

Ein leiser Vorwurf wollte sich in sein Herz drängen, als er die kleine Last auf's Bett trug. War's doch, als wenn ein Seufzer durch die finstere Stube wehte und eine vergessene Stimme fragte: „Wie gehst mit meinem Kinde um?"

Durch die offene Tür schallte der Jubel der Gäste herauf, die seinen Verspruch, den er vorhin angekündigt hatte, feiern halfen und scheuchte den trüben Schatten fort.

Er deckte das Kind zu, strich ihm über den Scheitel und ging leise hinaus, die Tür wieder hinter sich verschließend.

„Gehst' nachher noch einmal 'nauf und ziehst das Kind aus," nahm er sich vor, als er die Treppe hinunterstieg. Aber die Gretei fand sich doch morgens angekleidet in ihrem Bett.

Der Wirt war noch denselben Abend mit der Lenei übereingekommen, Gretei vorläufig nach Sturzbach zu seiner Schwester zu bringen, bis hier alles in Ordnung war. Es paßte ihm recht gut in den Kram, daß Lenei einen so großen Aerger mit dem Kinde gehabt hatte, so konnte er es doch aus dem Wege schaffen, ohne daß es sonderlich auffiel.

Lenei rechnete es ihm hoch an, daß er ihr den widrigen Anblick ersparen wollte, denn das Kind war ihr jetzt wirklich ein Dorn im Auge. Sie hatte Gretei nie recht leiden können, weil sie ihr von Anbeginn keine Liebe entgegengebracht, als wenn's das Kind geahnt hätte, daß ihm nichts Gutes von ihr bevorstand. Jetzt aber war ihr sein Anblick doppelt unbequem, weil er ihr die Mahnung vorhielt, daß eine andere vor ihr hier Rechte besessen, deren stille Gewalt in dem Kinde noch heimlich fortwirkte. Die Lenei wollte aber jetzt nur noch allein Rechte im Stern haben.

Gretel war ihrem Vater willig nach Sturzbach gefolgt. Sie hoffte den Benedikt dort zu finden, dem die erste Frage galt, als der Vater sie morgens aus ihrem Gefängnis holte.

Unterwegs schärfte er ihr noch einmal ein, gegen niemanden, auch gegen die Bas und den Benedikt, nichts von dem verlauten zu lassen, über das er ihr zu sprechen verboten hatte. Im stillen hoffte er, der Benedikt werde seinem Vorsatz gemäß schon weiter gegangen sein und das Kind keine Gelegenheit finden, sich gegen ihn zu verschwatzen. Auch um der andern Sache willen wär's ihm lieb gewesen, ihn nicht mehr in Sturzbach anzutreffen.

Die Bas war über Greteis Ankunft herzlich erfreut und zeigte dem Kinde eine Liebe, daß ihm das Dortbleiben nicht schwer wurde, als der Vater bald darauf wieder fortfuhr. Er hatte nur eine kurze Unterredung mit der Schwester und dem Schwager gehabt. Gretei tändelte unterdessen mit den Katzen vor der Tür. Sie sprachen laut und die Bas mit böser Stimme, daß es Gretei durchs Fenster vernehmen konnte. Der Vater sah arg verstimmt aus, als er nach flüchtigem Abschied von ihr wieder davonfuhr.

Als er fort war, nahm die Bas das Dirndl an sich, herzte und küßte es und weinte eine Weile an seinem Halse, von einer bösen Schlange sprechend, die sich in des Vaters Haus geschlichen und das Gretei daraus vertrieben hätte. Sie, die Bas, aber wollte schon darüber wachen, daß die Schlange dem Gretei kein Böses zufüge, und die Gretei sollte fortan ein Heim bei ihr haben und nicht mehr in den Stern zurückgehen. Das habe ihr der Bruder in die Hand versprechen müssen.

Gretei wußte ganz gut, wen die Bas mit der Schlange meinte, und es bedrückte ihr Herz gar schwer, weil's ihr nun gewiß schien, daß Lenei wirklich ihre Stiefmutter werden sollte.

Nach Kinderart vergaß sie aber das Leid, das sie gestern in so qualvolle Verzweiflung gestürzt hatte, über den neuen Eindrücken gar bald. Es gab ja so viel Neues bei der Bas zu schauen, daß Gretei abends ganz müde in ihr Bettlein kroch und kaum noch Zeit fand, für ihr Mutterle zu beten.

Zuerst war sie arg betrübt gewesen, daß sie den Benedikt nicht in Sturzbach vorfand. Er war noch am gestrigen Tage weitergegangen. Als ihr die Bas aber versprach, den Benedikt hinkommen zu lassen, sobald sie wußte, wohin sie ihm Nachricht schicken konnte, gab sie sich zufrieden. Sie legte das Büchl zu unterst in die Kiste, in der ihre Habseligkeiten mitgekommen waren und schob sie unter ihr Bett. Dort war es ja sicher aufgehoben, bis sie's dem Benedikt geben konnte. Jetzt, wo der Benedikt die Lenei doch nicht freite, hatte der Auftrag ja keine Eile, meinte sie, und wenn er zu seinem Mutterle kam, was er jetzt gewiß wieder durfte, würde er's ja erfahren, was er sich bei ihr zu holen hatte.

So erschien ihr ein baldiges Wiedersehen mit Benedikt gesichert, um den allein ihr manchmal das Heimweh kam. Sonst gefiel es ihr bei der Bas viel besser als daheim, und ihr kleines Herz wurde bald wieder leicht und froh, nun sie durch Lenei's Anblick nicht mehr an ihren Kummer erinnert wurde.

*

Als der Wurzer von seinem Gang mit dem Sternwirt heimgekehrt war, ging er gleich zu seiner Frau, um ihr Lenei's Verrat gegen Benedikt mitzuteilen. Sie schlief immer noch.

Sie schlief so fest, die Wurzerin, daß sie das Aufwachen darüber vergaß und man sie drei Tage später in die kühle Erde bettete.

Es war dem Wurzer gerade kein besonderes Herzeleid, sein Weib hingeben zu müssen, aber daß sie so schnell fortgestorben und nicht einmal den Sohn in der letzten Stunde bei sich gehabt, das rührte doch den Gewissenswurm in ihm wach. Mußte er sich doch die Schuld daran zumessen.

Darum machte er auch ein gar trübseliges Gesicht, als sie die Bäuerin zu Grabe trugen, daß es die Leute selber rührte, die ihm so viel Gemüt gar nicht zugetraut hatten. Manch einer dachte wohl, er müßte recht zufrieden sein, die Frau los zu sein, die ihm schon lange eine rechte Last gewesen.

Es reute den Wurzer jetzt arg, daß er mit dem Sohn so schroff umgegangen, und eine große Unruhe zehrte an ihm, wie er's gegen den Benedikt gut machen sollte, daß er ihn um den Segen der Mutter gebracht, und daß er der Verstorbenen nicht einmal die letzte Ehr' geben konnte.

Es war noch keine Nachricht von ihm im Stern eingelaufen, obgleich er's der Lenei beim Abschied versprochen hatte, ihr gleich zu schreiben, wenn er nicht selbst bald zurückkehrte. So war's nicht möglich gewesen, ihm von dem Ableben der Mutter Kenntnis zu geben.

Im stillen tauchte dem Wurzer die Vermutung auf, der Benedikt werde inzwischen durch irgendwen Lenei's Verrat gegen ihn erfahren haben und sei im ersten Zorn und Schmerz weiter in die Welt hineingegangen.

Hätte er's ahnen können, wie leicht die Dirn an den Köder ging, dann wär's ihm gewiß nicht eingefallen, es so weit kommen zu lassen. Er hätte die Sache auch anfangen können, ohne mit dem Lud vorher so auseinander zu kommen. Jetzt, wo er einsam in seinem Haus war, fühlte er's doch, daß er ihm mit warmer Vaterliebe anhing. Wenn er gewußt hätte, wohin er sich gewandt, hätte er's auch über sich vermocht, ihn zurückzurufen. Da sein Wille doch bestehen blieb, konnte er das ja, ohne sich etwas an seiner Vaterwürde zu vergeben. Aber alle Nachfragen nach ihm blieben ohne Erfolg.

(Fortsetzung folgt.)

Druck: Kreisblatt-Druckerei, Breslau 2.